

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/129

12. Juli 1971

Die Zeit der Realitäten

Nachwort zum Treffen der Schlesier-Landsmannschaft

Seite 1 / 41 Zeilen

Der gefährliche Eklat von Kiel

Eine politische Analyse des Bauerntags-Skandals

Seite 2 bis 3 / 86 Zeilen

Diskussionsbeitrag des SPD-Pressedienstes

Die Mitarbeiter der MdBs

Ein Wort zum "heißen" Thema "Assistenten"

Von Dr. Günther Müller MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 4 bis 6 / 149 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-39
Telex: 686 646/686 847/
686 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Zeit der Realitäten

Nachwort zum Treffen der Schlesier-Landsmannschaft

Diese Zeit, in der wir heute leben, konfrontiert uns hart, rau und oft mitleidlos mit den Realitäten, die sich aus unserer jüngsten Vergangenheit ergeben haben und ergeben müssen. Jedermann, der sich einen kühlen und nüchternen Blick für geschichtliche Entwicklungen bewahrt hat, wußte, daß wir diesen Konfrontationen nicht entgehen können würden. Daran führen keine Emotionen und auch kein quasi-politisches Gehabe vorbei, das so tut, als ob es diese Konsequenzen nicht gäbe.

Die Münchner Jahrestagung der Landsmannschaft Schlesien hat in dem Abschnitt, in dem es zum politischen Treffen eines zahlenmäßig geringeren Teils der in der bayerischen Landeshauptstadt versammelten Schlesier gekommen ist, zu Emotionsausbrüchen geführt, die nicht gutgeheißen werden können.

Die Fakten sprechen für eine deutsche Politik, die zu den Verträgen geführt hat, die in Moskau und in Warschau unterschrieben worden sind und die in absehbarer Zeit im Bundestag ratifiziert werden sollen, sobald die Berlin-Verhandlungen der Vier Mächte zu den von allen Seiten angestrebten Prinzip-Regelungen geführt haben. Diese Fakten entsprechen der geschichtlichen und politischen Situation, in der wir leben und aus der wir nicht einfach heraustreten können, weil das dem einen oder dem anderen so gefällt oder weil er sich mit dieser Situation nicht abfinden kann oder will. Dennoch wird man von ihm erwarten können, daß er sich mit den Fakten, die zu den beiden Ostverträgen geführt haben, so kühl und nüchtern auseinandersetzt, wie das die Interessen des deutschen Volkes und seines friedlich-gesicherten Daseins erfordern, für das er als Teil des Volkes voll mitverantwortlich ist.

Der Verlust der 1945 verlorenen Gebiete ist für uns alle hart und schmerzlich; für die in diesen Gebieten geborenen Deutschen zweifellos härter und schmerzlicher, weil es die Heimat ist. Wer heute an seinem Geburts- und Wohnhaus in jenen Gebieten vorbeigeht, dem tut das Herz weh. Wer immer die Heimat verloren hat, dem geschieht gleiches. Eine Politik der Entspannung, des Friedens und der Versöhnung zwischen den europäischen Nachbarn soll verhindern, daß noch einmal Zeiten kommen können, in denen wiederum Heimat verloren wird. Wer an dieser Politik teilhaben kann, soll dankbar dafür sein, daß ihm diese großartige Möglichkeit gegeben wird. (cc/cc/12.7.1971/bqy)

Der gefährliche Eklat von Kiel

Eine politische Analyse des Bauerntags-Skandals

Als sich Bundesernährungsminister Josef Ertl am Freitag auf den Weg zum Deutschen Bauerntag 1971 nach Kiel aufmachte, um in der Ostseehalle sein Referat zu halten, wußte er bestimmt, daß er dort nicht gerade tosenden Applaus ernten würde. Selbst wenn er den Repräsentanten des Deutschen Bauernverbandes auf einem goldenen Tablett eine 20prozentige Preiserhöhung hätte präsentieren können, er wäre ausgepiffen worden - weil Josef Ertl für die meisten Vertreter der "Grünen Front" nun einmal das falsche Parteibuch hat.

Zumindest erwartete Ertl jedoch - im Vertrauen auf den von Bauernverbandspräsident Constantin Freiherr Heereman von Zuydwyck so oft angekündigten "neuen, modernen Stil" seiner Organisation - eine kleine Anerkennung für seine Arbeit in Bonn und Brüssel für die Interessen der deutschen Bauern. Doch viele Verbandsmitglieder und auch einige der führenden Funktionäre halten offenbar nicht viel von Heeremans neuem Stil, sie ersetzen nach alter Sitte eine sachliche Argumentation lieber durch Pfeife, Geschrei und Läuten von Kuhglocken. Das gilt besonders für Schleswig-Holsteins Bauern, die schon einmal den EWG-Vizepräsidenten Dr. Sicco Mansholt daran gehindert hatten, seine agrarpolitischen Vorstellungen in der Kieler Ostseehalle zu erläutern. Auch er war dort niedergeschrien worden. Heute - so schnell ändern sich die Zeiten - ist ausgerechnet Mansholt ein Kronzeuge des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Bauernverbandes, Hans-Jürgen Klinker, für seine illusionistischen Forderungen nach einer durchschnittlichen Erhöhung der Agrarpreise um 12 vH.

Es ist verständlich, daß sich Bundesminister Ertl nach dem Kieler Pfeifkonzert "betroffen und tief enttäuscht" zeigte. Sein Auszug aus der Ostseehalle, von manchen Kritikern als nicht notwendig bezeichnet, müßte jedoch eigentlich selbst von Bauernverbandspräsident Heereman und allen fortschrittlichen Kräften im Deutschen Bauernverband begrüßt werden, wenn sie das auch nicht offen aussprechen können. Die Phase des Lavierens, die auch Heereman davon abgehalten hat, die Punkte in seiner Kieler Rede größer herauszustellen, die jetzt mehr oder weniger in Nebensätzen versteckt waren, könnte damit schneller beendet werden als es den Traditionalisten lieb ist. Das betrifft beispielsweise die Feststellung, daß der Landwirtschaft nicht allein mit preispolitischen Maßnahmen geholfen werden kann, sondern daß auch sozialpolitische Regelungen hinzukommen müssen. Außerdem sollten alle Preisforderungen für die Gesamtpublikum besser über- und durchschaubar gemacht werden.

Eine Konfrontation Bundesregierung und Bauernverband: Davon würden gerade die deutschen Landwirte am wenigsten haben,

für die die Scharfmacher vorgeben zu kämpfen. Die Bauern würden dabei nur im Interesse einseitig orientierter Parteipolitik gewisser Funktionärskreise verheizt, die Doppelmandate in der CDU/CSU und dem DBV haben und es einfach nicht verwinden können, daß heute nicht mehr einer der ihnen die Leitung des Landwirtschaftsministeriums in Bonn-Duisdorf hat. Es ist ihnen außerdem sehr peinlich, daß gerade die sozialliberale Koalition in der Agrarpolitik auf vielen Gebieten eine Menge erreicht hat. Erinnerung sei nur an das ganze Bündel sozialpolitischer Maßnahmen für die Landwirtschaft, den Aufwertungsausgleich und die letzten Brüsseler Preiserhöhungen. Darüberhinaus sind mit dem Förderungsprogramm der Bundesregierung gewisse Orientierungspunkte gesetzt worden, die auch endlich dem Gießkannen-System der unkontrollierten, ungezielten Maßnahmen ein Ende machen, wodurch in den vergangenen Jahrzehnten viele Millionen von Mark völlig sinnlos verschleudert worden sind. Lediglich die innere Disparität in der Landwirtschaft ist größer geworden. Daß inzwischen die Betriebsmittelpreise sowie die allgemeinen Kosten ebenfalls anstiegen und es in der EWG immer noch keine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik gibt - ohne Wertbewerbsverzerrungen -, dafür kann man nach einem Blick über den Zaun der deutschen Lande, wenn man sich wirklich informieren will, weder die Bundesregierung im allgemeinen noch Bundesernährungsminister Ertl im besonderen verantwortlich machen.

Man hat verschiedentlich den Bauernverbandspräsident Heerema als den "großen Sieger von Kiel" bezeichnet. Das war sicher voreilig. Er könnte es allenfalls - verbandsintern - nachträglich werden, wenn die Klinker und Parteifreunde aus dem Eklat des Deutschen Bauerntages und aus dem Echo in der Öffentlichkeit die warnende Lehre ziehen, daß sie eines Tages selbst von der Eskalation der Emotionen hinweggesetzt werden könnten, an der sie zur Zeit so sehr interessiert sind. Vielleicht lernen es dann die Besucher Deutscher Bauerntage und ähnlicher Veranstaltungen endlich einmal, daß nicht die hektische Atmosphäre einer permanenten Wahlkampfstimmung ihren Anliegen dienlich ist, sondern eine sachliche Auseinandersetzung. Solange jedoch Deutsche Bauerntage mit Wahlkampfveranstaltungen verwechselt werden können - in Mainz war es vor zwei Jahren, wenn auch mit etwas anderen Akzenten, ähnlich gewesen - solange braucht man sich nicht zu wundern, wenn auch engagierter Freunde sehr enttäuscht sind.

Manfred von Juterzenka
(-/wr/12.7.1971/bgy)

+ + +

Diskussionsbeitrag des SPD-Pressedienstes

Die Mitarbeiter der MdBs

Ein Wort zum "heißen" Thema "Assistenten"

Von Dr. Günther Müller MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Vor gut zwei Jahren beschloß der Bundestag, den Abgeordneten monatlich eine zweckgebundene Pauschale für die Bezahlung eines persönlichen Assistenten auszahlend. Inzwischen haben fast alle MdBs von dieser neuen Einrichtung Gebrauch gemacht und sich Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen geholt. Es ist daher Zeit, die Erfahrungen mit den für Deutschland völlig neuartigen Hilfskräften der Bundestagsabgeordneten zu überprüfen. Einige Feststellungen können dabei durchaus schon als Tatsache gelten, während andere Beobachtungen naturgemäß nur den Charakter einer Zwischenbilanz tragen.

Für die Mehrzahl der Abgeordneten darf ich wohl feststellen, dass ihnen die eigene persönliche Hilfskraft inzwischen unentbehrlich geworden ist. Dies gilt weniger für diejenigen MdBs, die außer ihrer Zugehörigkeit zum Parlament noch Mitglieder der Bundesregierung sind oder ein besonderes Amt in der Spitze des Parlaments oder ihrer Fraktion haben. Ihnen stehen weitere Büros und Hilfskräfte zur Verfügung, während die meisten Bundestagsabgeordneten für die Erledigung ihrer umfangreichen Arbeiten im Wahlkreis und im Bonner Büro überwiegend auf die vom Parlament besoldete Arbeitskraft angewiesen sind. Nicht wenige von uns hatten in der Vergangenheit die Hilfe der eigenen Ehefrau in Anspruch genommen, die nun teilweise in dieser Hinsicht entlastet wurde.

Ein Berufsbild der neuen MdB-Mitarbeiter zu zeichnen, ist ausserordentlich schwer. Als Hilfestellung mag hier die Einteilung in drei Gruppen dienen: Sekretär, Sachbearbeiter und wissenschaftlicher Assistent. Die Tätigkeitsmerkmale aller drei Gruppen überschneiden sich zum Teil. So mag es durchaus sein, dass eine Sekretärin mit wissenschaftlicher Arbeit beauftragt und dass ein Wissenschaftler auch mit Handlangerdiensten einfachster Art beschäftigt werden. Einige Tätigkeiten fallen für alle gleichermaßen an wie: Telefonate führen, Termine festlegen, Korrespondenz erledigen und Material besorgen. Hierbei spielt es auch keine Rolle, ob die Hilfskraft ihren ständigen Wohnsitz in Bonn oder im Wahlkreis hat oder ob ein Abgeordneter sich je eine "halbe" Kraft im Bundeshaus und im Wahlkreis hält.

In einzelnen unterscheidet sich die Arbeit eines MdB-Assistenten dann jedoch erheblich. So individuell verschieden wie die Persönlichkeit des Abgeordneten, so unterschiedlich ist auch die Tätigkeit seines Mitarbeiters. Während dieser MdB seinen Assistenten fast zu seinem zweiten Ich werden lässt, der an seiner Stelle Termine wahrnimmt und Versammlungen abhält, regelt der andere Abgeordnete jede Angelegenheit selbst und überlässt nur die praktische

Ausführung seines Mitarbeiter. Wegen der schon fast sprichwörtlichen Überlastung der Bundestagsabgeordneten und ihrer häufigen Abwesenheit von Bonn einerseits und vom Wahlkreis andererseits darf jedoch sicherlich verallgemeinernd festgestellt werden, dass die MdB-Assistenten in der Regel ein besonders hohes Maß an Verantwortung zu übernehmen haben, das mit kaum einer anderen Berufsposition vergleichbar ist. Die Arbeitsmenge ist unterschiedlich. Jedoch sind schon Beispiele bekannt, wo Assistenten dem gleichen Streß und der gleichen Terminhetze ausgesetzt sind wie die Abgeordneten selbst. Zusammenfassend darf ich wohl feststellen, dass die Mehrzahl der MdBs auf die Hilfe ihrer neuen Mitarbeiter auf keinen Fall mehr verzichten möchte.

Dies vorausgesetzt, ist es angebracht, nun einmal die neue, die legislative Kraft dieser unsere parlamentarische Demokratie stärkenden Einrichtung aus der anderen Sicht, aus der Sicht der Mitarbeiter selbst zu betrachten. Ihre Zahl ist inzwischen auf rund 700 angewachsen. Ihre Bedeutung wird in der Öffentlichkeit relativ hoch eingeschätzt, was aus der Behandlung des Themas "MdB-Assistenten" durch Presse, Rundfunk und Fernsehen abzuschätzen ist und auch aus der Reaktion bei Behörden und Verbänden und bei der Bevölkerung erfahren werden kann. Umso unverständlicher wirken Gerüchte und Veröffentlichungen über Unzufriedenheit unter den MdB-Assistenten. Diese Unzufriedenheit lässt sich jedoch inzwischen nicht mehr wegleugnen, wenn sie auch nur einen Teil der MdB-Mitarbeiter, und zwar vor allem die qualifizierteren Kräfte betrifft. Die Ursachen für die, um ein Modewort zu gebrauchen, "Frustration" vieler Assistenten sind einerseits materieller, andererseits psychologischer sowie politischer Natur.

Der psychologische Aspekt in dieser Angelegenheit ist relativ leicht erklärbar und kaum zu ändern. Mit der Beschäftigung eines Mitarbeiters wurden die MdBs zu "Arbeitgebern" deklariert, ohne freilich deren Funktionen in ihrer ganzen Fülle wahrnehmen zu können. Die Abgeordneten bieten ihren Mitarbeitern einen Arbeitsplatz und ein Gehalt, beides vom Bundestag gestellt. Und sie geben Arbeit im wörtlichen Sinne. Jegliche soziale Betreuung darüberhinaus entfällt. Für alle persönlichen Anliegen in finanzieller Hinsicht ist der Gesprächspartner für die Mitarbeiter ein mehr oder weniger anonymes Referat bei der Diätenstelle des Bundestags, die im MdB-Auftrag die Gehaltszahlung abwickelt. Bezüglich anderer privater Angelegenheiten besteht bei vielen Mitarbeitern ein psychologisches Vakuum, das sich aus der häufigen Abwesenheit des MdBs vom "Betrieb" erklärt und das für manchen Mitarbeiter anfangs schwer zu verkraften ist. Hier ist durchaus ein wenig Selbstkritik der Abgeordneten am Platze. In den wenigen Stunden, die sie gewöhnlich in ihren Bonner Büros verbringen, verlangen sie von unseren Mitarbeitern höchsten Einsatz und verlieren zugleich fast völlig den Blick für die vielen zeitraubenden Umstände eines Büroalltags. Selbstverständlich haben sie auch kaum Zeit für eventuelle Sorgen ihrer Mitarbeiter. Wenn er oder sie etwa in einer Sitzungswoche auch einmal zum Arzt gehen muß, gibt es nicht selten erstaunte Blicke. Das menschliche Klima bei der MdB-Assistenten-Tätigkeit sei, wo wurde mir gesagt, in vielen Fällen "erschreckend". Dies muß einen Politiker, der an den Anfang seines Berufes den Dienst am Menschen gestellt hat, alarmieren.

Auf die politische "Frustration" möchte ich hier nicht weiter eingehen. Nur soviel möchte ich zu bedenken geben: Die Mitarbeiter, von interessierten Kreisen gern in die Faszination der "hohen Poli-

tik" einbezogen, gehen bei der Realisierung ihrer politischen Ambitionen häufig leer aus. Wenn im Bundestag mal wirklich etwas los ist, sitzen sie in den Büros und müssen sehen, wie sie mit den zahlreichen eiligen Aufträgen, mit denen sie vor der Plenardebatte eingedeckt worden sind, fertigwerden. Sogar die Direktübertragung aus dem Bundestag in die Büros muss auf "leise" gestellt werden, weil sonst Telefonieren oder konzentriertes Arbeiten unmöglich ist.

Die materielle Unzufriedenheit bezieht sich zum einen auf den Arbeitsvertrag, zum anderen auf die Teilhabe an gewissen sozialen Einrichtungen des Deutschen Bundestages, wobei noch keine Gleichberechtigung mit den Kollegen und Kolleginnen von der Bundestagsverwaltung und von den Fraktionen herrscht. Ich darf hier nur die Stichworte Essensmarken, Kindergarten und Tiefgarage nennen. Vor allem bei der Eröffnung des Bundestagskindergartens gab es helle Aufregung, als dort Kinder der MdB-Mitarbeiter keine Aufnahme finden sollten. Die Vorgänge von damals sind wohl jedem bekannt. Weniger vertraut sind die meisten Abgeordneten mit den Einzelheiten der Arbeitsverträge, die ihren Mitarbeiter von der Bundestagsverwaltung vorgelegt werden, nachdem eine Unterkommission aus fünf Kollegen beim Ältestenrat die entsprechenden Paragraphen und die Richtlinien für die Ausführung ausgearbeitet hat. Schon in den ersten Musterverträgen, die vor zwei Jahren vorgelegt wurden, war zwar die gehaltsmässige Einstufung an den Bundesangestelltenentarif (BAT) angelehnt, sämtliche Sonderleistungen des BAT wie Zusatzaltersversorgung, Beihilfen, Umzugskosten- oder Reisekostenerstattung jedoch gestrichen worden. Die meisten Abgeordneten waren damals froh, überhaupt einen eigenen Assistenten einstellen zu können, und haben sich um die sonstigen sozialen Belange kaum gekümmert, während ihre neuen Mitarbeiter in Erwartung eines interessanter und spannenden Beschäftigungsverhältnisses den Nachteilen der Verträge wenig Beachtung schenkten.

Inzwischen hat unter den qualifizierten Kräften, die anderswo genausoviel oder mehr verdienen könnten, eine nüchternere Betrachtungsweise Platz gegriffen. In vielen Fällen können die fehlenden zusätzlichen Leistungen, wie sie Angestellte im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft haben, durch ein höheres Gehalt ausgeglichen werden. Wo jedoch die Pauschale nicht ausreicht, entsteht ein unbefriedigender Zustand. Denn höhere Ansprüche können nur durch Kürzung der Stundenzahl abgegolten werden, während die Menge der Arbeit tatsächlich kürzere Arbeitszeiten gar nicht zulässt.

Die MdBs haben sich inzwischen daran gewöhnt, dass alles "läuft". In den neu vorgelegten Arbeitsverträgen für MdB-Mitarbeiter, die die alten Verträge ablösen sollen, ist nun die Anlehnung an den BAT völlig gestrichen worden. Der Ältestenrat legte jedoch am 9. Juni aufgrund vielfacher Einsprüche fest, dass damit der Anspruch auf Tarifierhöhungen für die Mitarbeiter nicht generell entfallen soll. Die Abgeordneten müssen nach den Erfahrungen zweier Jahre darauf bedacht sein, dass nicht hier und da der Eindruck entsteht, die soziale Situation unserer Mitarbeiter sei ihnen gleichgültig. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion tragen hier besondere Verantwortung. (-/wr/12.7.1971/nhm)